

Deutschland lebenden türkischen Vater übersiedeln möchte“, sei das für ihn keine Familienzusammenführung, betonte der Ministerpräsident. Deshalb müsse bei der Gesetzgebung darauf geachtet werden, „daß das eigentliche Ziel erreicht wird, daß nämlich kleine Kinder bei ihren Eltern sind, daß aber nicht Erwachsene, die eine Fülle von Integrationsproblemen für uns und für sich mitbringen, unter mißbräuchlicher Ausnutzung eines Scheinrechtes hierherzukommen versuchen“ (zit. nach KNA, 29. 5. 82).

Auf einige publizistische Resonanz stießen in den vergangenen Wochen die Äußerungen der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU und Berliner Senatorin für Schulwesen, Jugend und Sport, *Hanna-Renate Laurien*. Auf einer Pressekonferenz am 12. August in Bonn meinte Frau Laurien, mit deutlicher Ironie in Richtung der kirchlich-caritativen Positionen, Familienzusammenführung könne „nicht auf Flügeln der Humanität vom Boden abheben“. Vertreter der katholischen Kirche müßten „begreifen, daß *Moral auf dem Boden des Praktisch-Machbaren* angesiedelt werden“ müßte. Wer dafür plädiere, daß türkische Familien auch ihre 14- und 15jährigen Kinder noch nach Deutschland holen könnten, übersehe, daß diese Kinder trotz Fördermaßnahmen den Anschluß nicht mehr schaffen könnten. Zum Thema Bildungs- und Ausbildungschancen für Ausländerkinder führte die Senatorin aus, daß Integration nicht „Zwang zur Assimilation“ bedeute, die Kinder sollten die Freiheit erlernen, „sich mit Selbstverständlichkeit in der deutschen Gesellschaft zu bewegen“. Der Akzent für die Ausländerintegration läge auf den Stichworten *frühzeitig und wirksam*. Alle bisherigen Erfahrungen mit türkischen Kindern hätten gezeigt, daß ihr schulisches und berufliches Fortkommen um so sicherer ansteige, je früher sie mit deutschen Lebensverhältnissen vertraut gemacht worden seien. Kindergarten und Vorklasse könnten von keiner Vorbereitungs- oder Fördermaßnahme ersetzt werden.

Zu der strittigen Frage der Zuzugsbegrenzung für ausländische Kinder äußerte die Senatorin die Auffassung,

daß die Altersgrenze für das Nachholen türkischer Kinder nach Deutschland stufenweise bis auf die Sechsjährigen herabgesetzt werden müßte. Je später sie in die Bundesrepublik kämen, desto sicherer mißlinge ihre Eingliederung.

Ohne den Namen der Berliner Senatorin zu nennen, bedauerte Bischof Wittler daraufhin, von der eigenen Seite angegriffen worden zu sein. Vor Mitgliedern des deutsch-äusländischen Arbeitskreises des BDKJ im Bistum Osnabrück sprach Wittler von einem Mitglied des ZdK und früheren Mitglied der Würzburger Synode, „die es eigentlich besser wissen müßte“, und bekräftigte erneut seine Position (KNA, 20. 8. 82).

Mit ihrem Hinweis auf eine „*verabsolutierte katholische Familienmoral*“ trifft Frau Laurien jedenfalls einen Kernpunkt des katholischen Engagements in der Gesellschaftspolitik. Seit Jahren fordern die Bischöfe immer wieder von der Bundesregierung eine „familienfreundliche“ Sozialpolitik und besonderen Schutz für diese Keimzelle der Gesellschaft.

Daß die Einwände wie die Vogels oder Frau Lauriens nicht einfach von der Hand zu weisen sind, zeigen Erfahrungen mit den Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung junger Ausländer (vgl. HK, September 1982, 447 ff.). Mit Hilfe von zehnmönatigen Kursen wird versucht, die sogenannten Späteinsteiger, also jene, die erst nach der Schulausbildung im Heimatland ihren Eltern nachfolgen, auf einen Beruf vorzubereiten. Die Ergebnisse dieser Bemühungen sind nicht eben ermutigend. In Hessen z. B. hat einer der privaten Träger dieser Kurse, das Bildungswerk der Unternehmerverbände, ermittelt, daß selbst

nach Abschluß dieser Kurse und auch nach einer speziellen Sprachausbildung lediglich 35% der Teilnehmer als ausbildungsfähig bezeichnet werden können; die übrigen sind entweder nur bedingt oder überhaupt nicht für eine Berufsausbildung geeignet. Ein weitgehend sprachfreier Abschlußstest ergab zwar bei den Jugendlichen eine „leichte Leistungssteigerung“, doch die manuellen und intellektuellen Fähigkeiten von etwa zwei Dritteln aller Teilnehmer lagen selbst dann noch erheblich unter denen einer deutschen Vergleichsgruppe.

Nicht zu vergleichen mit dieser aus der politischen Praxis gespeisten sachlichen Kritik sind allerdings Töne, die ebenfalls von „engagierten Katholiken“ stammen und in ihrer Geschmacklosigkeit kaum zu überbieten sind. So löste z. B. der Appell von Kardinal Höffner zu einem solidarischen Umgang mit den ausländischen Mitbürgern eine *Flut von – meist anonymen – Protestbriefen* aus. Darin wird ihm z. B. mangelnde nationale Gesinnung vorgeworfen und er wird als „Speichellecker“ verunglimpft (KNA, 31. 8. 82). Man sei zwar gegen die Abtreibung, heißt es da beispielsweise, aber nicht für Nachsicht mit den Ausländern in Deutschland. Auch in katholischen Kirchenzeitungen konnte man Leserbriefe finden, in denen gegen „anatolische Primitivlinge im Ford- und Mercedes-Rausch“ gewettert wurde. Derartige Äußerungen können zwar nicht den Anspruch erheben, als ernstzunehmende Diskussionsbeiträge gewertet zu werden, aber sie erschrecken angesichts des in ihnen angestauten Aggressionspotentials. Hier ein *Klima* zu schaffen, in dem eine sachliche Gesprächsführung möglich wird, kann auch eine *Aufgabe pastoraler Bemühungen* sein. C. S.

## Kirche in Nicaragua: von außen bedrängt, im Innern gespalten

Der erst im August an die Öffentlichkeit gelangte Brief Johannes Pauls II. an die nicaraguanischen Bischöfe vom 29. Juni hat vor allem eines deutlich

gemacht: der Papst geht aufgrund der ihm vorliegenden Informationen offenbar davon aus, daß die nicaraguanische Kirche als erste und einzige der

22 lateinamerikanischen Ortskirchen vor der akuten Gefahr einer Kirchenspaltung steht. Das Mahnschreiben hat ausschließlich die *Sorge um die Einheit der kirchlichen Gemeinschaft* und ihre Bedrohung zum Thema und trägt den spezifischen Gegebenheiten der nicaraguanischen sowie den eigenständigen Entwicklungen einer lateinamerikanischen Kirche lediglich in Form einer negativen Abgrenzung Rechnung.

Dem Papst erscheint die Einheit der nicaraguanischen Katholiken „zerbrechlich und bedroht“, von einander entgegengesetzten Ideologien gespalten zu werden. Sichtbar wird dies für den Papst am Phänomen der „*Iglesia popular*“, „die eine schwere Abweichung vom Willen und vom Heilsplan Jesu Christi darstellt“. „*Iglesia popular*“ meine in der gängigen Interpretation – und dieser schließt sich der Papst an – eine Kirche, die sich „in der Autonomie der sogenannten Basis erschöpft“ oder in der zumindest die bischöfliche Autorität den ‚Rechten‘ der Basis untergeordnet werde. Als solche sei sie ein Element der Spaltung und des Bruchs mit der kirchlichen Gemeinschaft: „So ist es absurd und gefährlich, sich sozusagen neben der – um nicht zu sagen gegen die – um den Bischof errichtete Kirche eine andere ‚charismatisch‘, das heißt nicht institutionell, oder ‚neu‘, das heißt losgelöst von der Tradition, oder alternativ bzw., wie man seit kurzem sagt, eine Kirche aus dem Volk (*Iglesia popular*) sein soll.“

Wie sehr es dem Papst gegenwärtig um die Wahrung der Einheit der nicaraguanischen Kirche geht, belegt er in seinem Brief mit der Zitierung des Rundschreibens „*Evangelii nuntiandi*“ Pauls VI., in dem es heiße, die hinterhältigsten Gefahren und die tödlichsten Angriffe gegen die Kirche kämen nicht von außerhalb, sondern aus dem Innern der Kirche. Nur ein Satz (über die ideologische Anfälligkeit der *Iglesia popular*) in dem neun Seiten umfassenden Brief geht – in sehr indirekter Form – auf den *ideologischen und machtpolitischen Kurs* der sandinistischen Regierung ein, deren dirigisti-

sche Neigungen die nicaraguanischen Bischöfe mit wachsender Sorge erfüllen und die in einzelnen Fällen bereits auf eine Einengung des kirchlichen Lebensraumes zielen. Indem der Papst auf die Erörterung des gesellschaftspolitischen Kontextes und der Lebensbedingungen der nicaraguanischen Kirche verzichtet (was durchaus auf der Linie der vatikanischen Politik liegt, die bis vor wenigen Wochen in der Beurteilung der politischen Entwicklung Nicaraguas Zurückhaltung übte), erhält der Brief noch stärker den Charakter eines beschwörenden römischen Appells an eine weniger von außen bedrängte als im Innern bedrohte Ortskirche.

Tatsächlich gibt der Zustand der nicaraguanischen Kirche gegenwärtig Anlaß zur Besorgnis. In keinem andern Land Lateinamerikas hat sich ein sozial und politisch stark engagierter Flügel so weit von dem amtskirchlichen Strukturen und der bischöflichen Autorität entfernt, offenbar ohne institutionell-rechtliche Bedenken oder die Neigung, seinerseits Konsequenzen im Sinne einer Abgrenzung zu ziehen. Die *Iglesia popular* führt ihr Leben sozusagen *parallel* zur institutionellen Kirche, versteht sich aber mehrheitlich als Teilkirche. Sie sympathisiert oder identifiziert sich mit dem revolutionären Prozeß, wie er von der sandinistischen Führung definiert bzw. vorangetrieben wird und steht im allgemeinen auch nichtkatholischen Christen offen. Bereits im ersten Jahr der sandinistischen Herrschaft bildeten sich größere prosandinistische Gruppen und Zentren von Geistlichen. Sie vertraten die Auffassung, die Kirche müsse die Chance ergreifen, sich in eine politische Revolution zugunsten der Rechte und Ziele der Armen zu integrieren und eventuell notwendige Korrekturen an diesem Prozeß von innen heraus vorzunehmen. Der Umschwung in der kirchlichen Hierarchie vom engagierten Fürsprecher des Volkes im Kampf gegen die Diktatur Somozas zum wohlwollenden, später abwartenden bis distanzierten Beobachter der politischen Entwicklung wurde von diesen Gruppen nicht verstanden bzw. als halbherzige Auslegung der in Puebla definier-

ten „Kirche der Armen“ gedeutet. Heute zählen etwa 10 bis 20 Prozent der in Nicaragua tätigen Priester zur „*Iglesia popular*“; ein Bischof, *Ruben Lopez Ardón* von Estelí, soll ihr nahe stehen. Offenbar hat sich die Verbrüderung dieser Priestergruppe mit der sandinistischen Bewegung in den vergangenen Jahren weniger auf der Basis theoretischer ideologischer Überzeugungen vollzogen als in der kritikalmen Euphorie über die Möglichkeiten engagierter Zusammenarbeit auf sozialem, sozialpolitischem Gebiet und im Erziehungsbereich.

Der Lateinamerikanische Bischofsrat *CELAM*, dessen betont antikommunistische Führungsspitze die nicaraguanische Kirche zur offenen Konfrontation mit dem revolutionären Regime in Managua zu drängen scheint, befaßt sich in einer erst kürzlich veröffentlichten, nach einer Informationsreise durch Zentralamerika im Februar dieses Jahres erstellten Studie ausführlich mit den *Rückwirkungen der nicaraguanischen Revolution* auf das Leben der dortigen Kirche. Die *CELAM*-Delegation glaubte zu diesem Zeitpunkt noch eine „vorbehaltlose Zustimmung vieler Christen“ zum sandinistischen Regime feststellen zu können. Gleichzeitig breite sich jedoch Enttäuschung aus über das „Umschwenken der Revolution zu einem dynamischen und rücksichtslosen Marxismus“. Eine Analyse der innerkirchlichen Situation, die heute vermutlich noch entschieden kritischer ausfallen würde, berichtet über die „zunehmende Präsenz ideologisch beeinflusster Pastoralträger aus aller Welt, die abseits der kirchlichen Hierarchie stehen“, und die *radikale Ideologisierung* in einigen katholischen und ökumenischen Einrichtungen wie dem Instituto Valdivieso, dem Instituto Histórico und der Zentralamerikanischen Universität.

Andererseits laufe die kirchliche Hierarchie Gefahr, sich von der bürgerlichen Konterrevolution für deren Ziele einzuspannen und mißbrauchen zu lassen. Um sich zu überzeugen, daß es dieses Problem tatsächlich gibt, braucht man nur die oppositionell-bürgerliche Zeitung „*La Prensa*“ mit den zahlreichen Anzeigen von Unter-

nehmervereinigungen und den Fotos des Erzbischofs von Managua, *Miguel Obando Bravo*, durchzublätern. Obwohl die CELAM-Studie auch von der Unterdrückung und Verfolgung von Revolutionsgegnern spricht, unterschätzt sie aus heutiger Sicht die Gefahr, daß Kirche und Sandinismus in Nicaragua – beide von ihrer führenden Rolle und ihrer Verantwortung für die Zukunft des Landes überzeugt – in eine *direkte Auseinandersetzung* steuern: „Um eine solche Auseinandersetzung zu verhindern, muß der Sandinismus einige notwendige Korrekturen vornehmen, während die Kirche eine weniger kämpferische Haltung einnehmen, diesen Korrekturen ein offeneres Entgegenkommen zeigen und die Möglichkeit wahren sollte, die Revolution in wirklich christlicher Weise zu beeinflussen“ (zitiert aus „Adveniat“, Heft 9, Bericht über Zentralamerika). Der um Objektivität bemühte und weithin zutreffende Nicaragua-Bericht der CELAM-Delegation ist von den Ereignissen des Sommers überholt worden, die daraufhin deuten, daß Kirche und Regierung in Nicaragua bereits in die *Phase der offenen Konfrontation* eingetreten sind. Die Äußerung von Innenminister *Tomás Borge*, er sehe keine Möglichkeiten für einen „Dialog mit den katholischen Kirchenführern“, solange sich diese mit den „Interessen des US-Imperialismus und der Reichen“ identifizierten; die nach gewaltsamen Kämpfen zeitweilige Schlie-

ßung der Salesianer-Schule in Masaya, die jetzt unter staatlicher Kontrolle steht; die Ausweisung des spanischen Rektors der Schule, *José Morataya*, und die spektakulären Versetzungen prosandinistischer Pfarrer sind insgesamt gesehen Merkmale einer kirchenkampfähnlichen Situation.

In einem Hirtenbrief vom 24. August wehren sich die Bischöfe in entschiedenem Ton gegen den Versuch der Revolutionsregierung, die Kirche aus dem *Erziehungsbereich* zu verdrängen: „Wir können uns den Aufbau der nicaraguanischen Gesellschaft ohne die Rolle, welche die katholische Erziehung bei diesem Aufbau spielen soll, und zwar als konkrete Antwort auf die Probleme, Sorgen und die Kultur unseres Volkes, nicht vorstellen.“ Trotzdem bekundete Erzbischof Obando im September erneut seine Bereitschaft, den Dialog mit der Regierung fortzusetzen. Auf seine Person konzentrieren sich gegenwärtig alle Hoffnungen: das traditionell kirchentreue nicaraguanische Volk, die um ihren inneren Zusammenhalt und ihren gesellschaftspolitischen Standort ringende Kirche, die politische Opposition und letztlich auch die politische Kalkül gerade erst erlernende sandinistische Revolutionsregierung sehen in ihm eine nationale Führergestalt. Angesichts solch übersteigter Erwartungen an einen Mann der Kirche bleiben Mißverständnisse und Enttäuschungen Betroffener nicht aus. So haben

die rigoros und teilweise sogar mit Kirchenstrafen durchgeführten Versetzungen einiger prosandinistischer Pfarrer gerade innerkirchlich vermutlich mehr Staub aufgewirbelt als Gutes bewirkt. Von linken politischen Kräften angegriffen und von der Rechten mißbraucht, ist es für Obando – so der Eindruck einiger seiner Gesprächspartner – offenbar zunehmend schwieriger, dem politischen Druck und den die gesellschaftliche Kraft der Kirche schwächenden innerkirchlichen Spannungen standzuhalten.

Die auch in europäischen Kirchen bestehende Neigung, Nicaragua politisch abzuschreiben, hält der Erzbischof für falsch und verhängnisvoll, obwohl auch seine politische Einschätzung der Lage von der These der *versuchten Kubanisierung* Nicaraguas ausgeht. Ein führender Vertreter eines deutschen kirchlichen Hilfswerks meinte am Rande des Düsseldorfer Katholikentags, die westliche Welt könne heute in Nicaragua nach seiner Kenntnis der Verhältnisse „mit Brot und Fibern“ Not und Unterentwicklung wirksam bekämpfen helfen und durchaus auch an politischem Einfluß gewinnen. Es ist erfreulich, daß sich in der deutschen Kirche an entscheidender Stelle die Sorge um die Entwicklung in Nicaragua in verstärkte Hilfsbereitschaft umsetzt, wofür sowohl die häufigeren und intensivierten Kontakte mit der dortigen Kirche als auch die Steigerung materieller Hilfe sprechen. G. B.

## Entwicklungen

### Blasse Schatten des Laizismus

#### Frankreichs überflüssiger Schulstreit

Weder eine politische Notwendigkeit noch rationale Erwägungen brauchten den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten *François Mitterrand* zu veranlassen, die Schaffung eines einheitlichen laizistischen Schulwesens in sein Wahlprogramm aufzunehmen, um auf diese Weise

seine Absicht zu bekunden, die freien, vorwiegend katholischen Schulen in das staatliche System zu integrieren. Der Kandidat übernahm lediglich etwas leichtfertig ein in der Vergangenheit für seine Partei sehr wichtig gewesenes, inzwischen aber weitgehend als überholt betrachtetes